

## **Symposium Herzogenrath „Das Grundeinkommen auf dem Weg nach Europa“**

### **Resolution an die Europäische Kommission**

Auf dem von der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission unterstützten Symposium in Herzogenrath bei Aachen (D) trafen sich am 16. und 17. Mai 2009 Vertretungen von Grundeinkommens-Netzwerken aus sieben EU-Staaten und aus der Schweiz. Sie erarbeiteten Impulse für eine gesamteuropäische Sozial- und Grundwertediskussion.

Die TeilnehmerInnen an der Tagung „Das Grundeinkommen auf dem Weg nach Europa“ stellen fest:

- dass aufgrund der ständig steigenden Produktivität immer weniger eine Lohnarbeit für alle gewährleistet werden kann und dass gleichzeitig prekäre Arbeitsverhältnisse und Erwerbslosigkeit zunehmen;
- dass der freie Markt und die Globalisierung der Wirtschaft nicht die vielfach versprochenen Vorteile für die Menschheit gebracht haben, im Gegenteil, breite Bevölkerungsschichten verarmen, der Hunger in der Welt zunimmt und gleichzeitig einige wenige immer reicher werden;
- dass die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise einerseits und die Zerstörung der Umwelt durch die Verschleuderung von Ressourcen andererseits ein radikales Umdenken in allen Politikbereichen erfordern;
- dass es sehr unterschiedliche soziale Sicherungssysteme in der EU gibt, welche in den meisten Fällen sehr komplex und kompliziert sind, verbunden mit hohen Kosten für Verwaltung und Kontrollen;
- dass die Kriterien für das bedingungslose Grundeinkommen (soziokulturelle Sicherheit, Rechtsanspruch, bedingungslos und individuell) gemeinschaftsstiftende und solidaritätsfördernde Elemente für ein gemeinsames Europa sein könnten und die Unionsbürgerschaft stärken würden;
- dass das „Europäische Jahr gegen Armut und Ausgrenzung“ (2010) ein besonderer Anlass sein sollte, auch die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EU gründlich zu hinterfragen und neue Wege mit einer gerechteren und nachhaltigeren Wirtschaft zu suchen;
- dass es immer mehr WissenschaftlerInnen gibt, aber auch ExpertInnen in unterschiedlichen Parteien, in Sozial- und Wirtschaftsverbänden, die das bedingungslose Grundeinkommen für alle als mögliche Lösung für viele Probleme ansehen und die der Überzeugung sind, dass dieses einen notwendigen Paradigmenwechsel für das Gemeinwesen bewirken würde;
- dass es sehr positive Auswirkungen dort gibt, wo bereits ein bedingungsloses Grundeinkommen an alle ausbezahlt wird (Pilotprojekt in Namibia) oder zumindest allen

Bedürftigen eine soziale Grundsicherung für ein Leben in Würde gewährt wird (z.B. Luxemburg und Dänemark);

- dass es in einem solidarischen Europa einen fairen Markt braucht, nicht nur einen freien, und dass es daher eine weitgehende Harmonisierung der Sozialstandards und der Steuern in allen Mitgliedsstaaten braucht;
- dass das Europäische Parlament am 09.10.2008 im „Bericht über die Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU“ die Kommission aufgefordert hat, „die armutsbekämpfende Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle zu prüfen“.

**Die Europäische Kommission,  
in erster Person Kommissar Vladimir Špidla, wird daher aufgefordert,**

- das bedingungslose Grundeinkommen für alle als sozialpolitische Lösungsmöglichkeit gründlich zu untersuchen und dazu die „Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound)“ in Dublin zu beauftragen, die Zusammenhänge zwischen bezahlter und unbezahlter Beschäftigung sowie Muße aus gesundheitlicher, psychologischer, soziologischer und wirtschaftlicher Sicht zu studieren;
- in der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales eine eigene Dienststelle einzurichten, welche die Auswirkungen des bedingungslosen Grundeinkommens für alle weltweit studiert und Vorschläge erarbeitet, im besonderen auch, wie die Sozialstandards und die Steuern in den EU-Mitgliedsstaaten schrittweise harmonisiert werden können;
- **prekäre Arbeitsverhältnisse, z.B. lange und nicht gerechtfertigte Praktika-Verträge mit jungen MitarbeiterInnen, innerhalb der Institutionen der EU zu unterbinden und somit für andere Körperschaften und für die Privatwirtschaft Vorbild zu sein;**
- das quantitative Wachstum aufgrund von zunehmender Produktivität und Konsumzwängen kritisch zu hinterfragen, gerade mit der Auswirkung auf die Erwerbsarbeit;
- und schließlich die Fragen nach Arbeitszeitkürzung und Teilung von Arbeit zu vertiefen, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen menschenwürdiger gestalten zu können.

Herzogenrath bei Aachen, 17. Mai 2009

Für die Leitung des Symposiums:

Günter Sölken

Reimund Acker